

Russland bringt drastische Strafen für Kriegsdienstverweigerer auf den Weg

Stand: 07:53 Uhr | Lesedauer: 17 Minuten

Russische Männer können künftig noch leichter zum Militärdienst eingezogen werden. Wer sich weigert, wird hart bestraft. So dürfen sie kein Auto mehr fahren, keine Immobilien kaufen oder keine Kredite mehr aufnehmen. Mehr im Liveticker.

Nach Problemen bei der Teilmobilmachung für Russlands Krieg gegen die Ukraine können Männer künftig deutlich leichter zum Militärdienst eingezogen werden als bisher. Die Einberufungsbescheide müssen nun nicht mehr persönlich überreicht werden, sondern können auf elektronischem Weg über das staatliche Serviceportal „Gosuslugi“ zugestellt werden, entschieden die Abgeordneten der Staatsduma.

Wer sich nicht innerhalb von 20 Tagen nach der Vorladung beim Militärkommissariat meldet, muss mit drastischen Einschränkungen rechnen. So dürfen Wehrdienstverweigerer nicht mehr Auto fahren oder Immobilien kaufen. Auch die Registrierung als Selbstständiger ist nicht möglich. Sie sollen zudem keinen Kredit mehr erhalten. Parlamentschef Wjatscheslaw Wolodin beschimpfte einen Abgeordneten der Kommunisten, der sich weigerte, das umstrittene neue Verfahren auf die Schnelle so durchzuziehen, als „Saboteur“.

Alle Entwicklungen im Liveticker:

05:36 Uhr – Deutsche Bank stellt letzte IT-Aktivitäten in Russland ein

Die Deutsche Bank schließt einem Zeitungsbericht zufolge ihre verbleibenden Software-Technologie-Zentren in Moskau und St. Petersburg. Mit dem Schritt wolle der deutsche Kreditgeber seine zwei Jahrzehnte währende Abhängigkeit von russischem IT-Know-how beenden, berichtete die Zeitung „Financial Times“.

04:44 Uhr – Weltbank-Präsident: Westeuropa muss

Wiederaufbau der Ukraine mittragen

Die internationalen Finanzinstitutionen können nach den Worten des Weltbank-Präsidenten David Malpass die Kosten des Wiederaufbaus der Ukraine nur mithilfe der westeuropäischen Länder schultern. „Die Beträge für den Wiederaufbau des Elektrizitätssektors, des Straßensektors und des Eisenbahnsektors sind im Verhältnis zur Größe der Bilanzen der internationalen Finanzinstitutionen viel größer“, sagt er. „Das Ausmaß ist erschreckend.“

Die Europäische Union verfüge über große Finanzierungssummen, die eingesetzt werden könnten. Die von der Weltbank, den Vereinten Nationen, der Europäischen Kommission und der Ukraine errechnete aktuelle Schätzung, wonach der Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft 411 Milliarden Dollar kosten würde, liegt deutlich über der im September vergangenen Jahres berechneten 349 Milliarden Dollar.

03:13 Uhr – USA betonen nach durchgesickerten Geheimdokumenten Unterstützung für die Ukraine

Nach dem Durchsickern von US-Geheimdokumenten haben die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung für die Ukraine betont. US-Außenminister Antony Blinken sagte am Dienstag (Ortszeit), er habe mit seinem ukrainischen Kollegen Dmytro Kuleba gesprochen und „unsere anhaltende Unterstützung für die Ukraine und ihre Bemühungen, ihre territoriale Integrität, ihre Souveränität und ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, bekräftigt“.

Zur Echtheit und dem Inhalt der durchgesickerten Dokumente äußerte sich Blinken nicht. Die USA hätten in den vergangenen Tagen mit Verbündeten und Partnern gesprochen, auch mit Verweis auf „unser eigenes Engagement für den Schutz der Geheimdienste“.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin sagte, er habe mit seinem ukrainischen Kollegen Oleksij Resnikow gesprochen. „Er und die Führung konzentrieren sich weiterhin auf die anstehende Aufgabe“, sagte Austin. Die Ukraine verfüge über „viele der Fähigkeiten, die sie braucht, um weiterhin erfolgreich zu sein“, sagte Austin.

01:02 Uhr – Belarussische Opposition fordert Kriegsverbrecher-

Anklage gegen Lukaschenko

Die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja fordert, dass Machthaber Alexander Lukaschenko vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt wird. „Es steht außer Frage, dass Lukaschenko wegen Kriegsverbrechen in der Ukraine und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Belarus vor den Strafgerichtshof in Den Haag gestellt werden sollte“, teilte Tichanowskaja auf Anfrage der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) mit. Lukaschenko müsse „für jeden ermordeten politischen Gegner, für jeden Akt der Folter, für die Opfer in der Ukraine zur Verantwortung gezogen werden“.

Tichanowskaja warnte zudem vor der Unberechenbarkeit Lukaschenkos. „Er wird alles tun, um seine eigene Haut zu retten, und er nimmt keine Rücksicht auf das Schicksal der Belarussen“. Dazu zähle beispielsweise die Stationierung russischer Atomwaffen in seinem Land. Wie jeder Diktator sei Lukaschenko „zutiefst paranoid und sieht überall Feinde – echte und eingebildete.“

Wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in der Ukraine erließ der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Mitte März bereits einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Belarus' Machthaber Lukaschenko gilt als enger Verbündeter Russlands – auch im Krieg in der Ukraine. Er stellt sein Land als Aufmarschgebiet für russische Truppen zur Verfügung.

00:19 Uhr – Moskau meldet Test einer Interkontinentalrakete

Russland hat eigenen Angaben zufolge eine Interkontinentalrakete getestet. In der südlichen Region Astrachan am Kaspischen Meer sei die ballistische Langstreckenwaffe am Dienstag auf dem Übungsplatz Kapustin Jar erfolgreich von einem bodengestützten Raketensystem aus abgefeuert worden, teilte das Verteidigungsministerium in Moskau in der Nacht zum mit.

Der Trainingssprengkopf sei später planmäßig auf einem Testgelände im verbündeten Nachbarland Kasachstan in Zentralasien eingeschlagen, hieß es in der Mitteilung – und weiter: „Das Ziel bestand darin, die perspektivische Kampfausrüstung von Interkontinentalraketen zu testen.“

Insbesondere seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine vor mehr als einem Jahr werfen internationale Beobachter Russland immer wieder vor, militärische Drohkulissen aufzubauen. Zuletzt sorgte Moskau etwa mit der Ankündigung für Aufsehen, taktische Atomwaffen im Nachbarland Belarus zu stationieren. Dabei handelt es sich allerdings um Waffen mit geringerer Reichweite als Interkontinentalraketen.

23:18 Uhr – Selenskyj appelliert an Durchhaltevermögen der Ukrainer

Angesichts der schweren Lage an der Front hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj seine Landsleute zum Durchhalten aufgerufen. „Wir befinden uns jetzt in einem Stadium des Krieges, in dem es für unsere Gesellschaft und unsere Partner wichtig ist, das Gefühl für den Weg, der vor uns liegt, nicht zu verlieren“, sagte Selenskyj in seiner abendlichen Videobotschaft.

„Im Vergleich zum vorigen Jahr ist es jetzt an vielen Orten ruhiger“, fügte der Staatschef hinzu. „Das heißt aber nicht, dass Sie den Krieg irgendwo ignorieren oder sich weniger darauf konzentrieren können, dem Staat zu helfen“, richtete er sich an die ukrainische Bevölkerung. Selenskyj betonte, es sei nun keinesfalls an der Zeit, „sich auf den Lorbeeren auszuruhen“: „Der Weg liegt noch vor uns.“

22:50 Uhr – Russische Hacker zapfen laut US-Geheimdienst auch Kameras in ukrainischen Cafés an

Auf der Suche nach Informationen zapfen russische Hacker nach US-Informationen sogar die privaten Sicherheitskameras in ukrainischen Cafés an. Damit sollten Informationen über vor den Cafés vorbeifahrende Hilfskonvois gesammelt werden, sagte am Dienstag ein US-Geheimdienstvertreter. Dies sei nur ein Beispiel für die andauernden russischen Cyberangriffe auf die Ukraine.

Die Angriffe würden allen vorstellbaren Bereichen gelten, sagte der Chef für Cybersicherheit beim US-Geheimdienst NSA, Rob Joyce, bei einer Konferenz in Washington. Als Beispiele nannte er „finanzielle, staatliche, individuelle und Handelsbereiche“. Ziel sei es, die Abläufe in der Ukraine auszuspionieren und zu stören.

21:00 Uhr – Kanada sagt Ukraine weitere Hilfe zu

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hat der Ukraine weitere Militärhilfe im Krieg gegen Russland zugesagt. Geliefert werden sollten unter anderem 21 000 Sturmgewehre, 38 Maschinengewehre und mehr als 2,4 Millionen Schuss Munition, hieß es bei einem Treffen Trudeaus mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal.

„Wir bereiten uns auf unsere Gegenoffensive vor“, sagte Schmyhal. „Wir brauchen mehr Munition, mehr Waffen, mehr Militärausrüstung.“ Er dankte Kanada für die bisher bereitgestellte Hilfe in Milliardenhöhe seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022.

Trudeau sagte, Kanada verhängt neue Sanktionen gegen russische und belarussische Behörden und Organisationen. „Die Ukraine kämpft für die Werte und Prinzipien, die alle unsere Demokratien untermauern“, sagte er. „Wir werden weiter alles Notwendige tun, damit die Ukraine siegt.“ Für zivile Zwecke stellte Kanada 2,4 Milliarden (kanadische) Dollar (1,64 Milliarden Euro) zur Verfügung, etwa für Rentenzahlungen des Staates und der Reparatur der von Russland bombardierten Energieinfrastruktur.

20:07 Uhr – Ukraine exportiert wieder Strom

Die Ukraine exportiert seit Dienstag wieder Strom. Energieminister Herman Haluschtschenko sagte, das sei eine klare Botschaft, dass der Versuch Russlands, die ukrainische Infrastruktur zu zerstören, erfolglos geblieben sei. Der ukrainische Inlandsbedarf werde zu 100 Prozent vom eigenen Netz gedeckt, sagte er in einem Interview der Nachrichtenagentur AP. Dass darüber hinaus noch Strom exportiert werden könne, sei Verdienst der „titanischen Arbeit“ von Ingenieuren und internationalen Partnern.

Russland hatte im September den Beschuss ukrainischer Infrastruktur verstärkt, Raketen und Drohnen zerstörten rund die Hälfte des ukrainischen Energiesystems. Im ganzen Land gab es Stromabschaltungen, als die Temperaturen im Winter fielen und Millionen Menschen betroffen waren. Im Oktober musste die Ukraine ihre Stromexporte einstellen, um die Versorgung im eigenen Land aufrechtzuerhalten.

Ingenieure und Elektriker arbeiteten rund um die Uhr, damit Haushalte mit Strom versorgt werden konnten. Aus dem Ausland kam Hilfe; die USA stellten 53 Millionen Dollar (49 Millionen Euro) für Stromnetz-Ausrüstung zur Verfügung, zusätzlich zu 55 Millionen für den Energiesektor insgesamt. Es sei noch viel zu tun, um das Netz zu reparieren und zu finanzieren, sagte Haluschtschenko, die Einkünfte aus den Exporten seien eine Möglichkeit. Moldau werde das erste Land sein, das ukrainischen Strom bekomme, sagte er. Polen, die Slowakei und Rumänien würden folgen.

16:12 Uhr – Wagner hält über 80 Prozent von Bachmut

Die russische Söldnereinheit Wagner hat nach eigenen Angaben weitere Geländegewinne in der seit Monaten schwer umkämpften Stadt Bachmut im Osten der Ukraine erzielt. „In Bachmut ist der Großteil, das sind mehr als 80 Prozent, unter unserer Kontrolle“, sagte der Chef der Wagner-Söldner, Jewgeni Prigoschin in einem bei einem russischen Militärblogger veröffentlichten Video. Unabhängig können die Angaben nicht überprüft werden. Die Ukraine erklärt immer wieder, russische Angriffe auf Bachmut abzuwehren.

15:00 Uhr – Russlands Wirtschaft wird 2023 und 2024 spürbar wachsen

Die russische Wirtschaft wird nach Einschätzung des IWF trotz umfangreicher Sanktionen des Westens spürbar wachsen. Für dieses und nächstes Jahr prognostiziert der Internationale Währungsfonds Steigerungen um 0,7 und 1,3 Prozent, wie der IWF mitteilte. Damit wurde die Schätzung für 2023 aus dem Januar um 0,4 Prozentpunkte angehoben, die für 2024 aber um 0,8 Punkte gesenkt. Im Vergleich mit 2022 sind die Perspektiven für Russland deutlich besser. Im vergangenen Jahr war die russische Wirtschaft noch um 2,1 Prozent geschrumpft.

14:50 Uhr – Ungarn will weiter vor allem russisches Gas nutzen

Trotz Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine will Ungarn weiter vor allem auf russisches Gas setzen. Der ungarische Außenminister Peter Szijarto erklärte, er habe sich mit Russland darauf geeinigt, dass der Energieriese Gazprom zusätzliches Gas über die in einem langfristigen Abkommen vereinbarten Mengen hinaus liefern könne. Das EU-Land

Ungarn bezieht 80 bis 85 Prozent seines Gases aus Russland und erhielt 2022 nach Angaben von Szijjarto zudem 80 Prozent seiner Rohölimporte ebenfalls aus Russland. Ein Sprecher des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban warnte die EU auf Twitter, das nun geschlossene Zusatzabkommen zu untersagen.

Während sich die anderen EU-Staaten bemühen, russisches Gas zu ersetzen, erhält Ungarn im Rahmen eines 2021 unterzeichneten 15-Jahres-Vertrags 4,5 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr aus Russland, hauptsächlich über die Pipeline Turkstream. Orban, der mit seiner nationalkonservativen Fidesz-Partei in Budapest regiert, betont seit Jahren seine besonderen Beziehungen zu Russland. So teilte die Regierung vor wenigen Tagen mit, dass Ungarn den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ignorieren werde. Putin würde nicht verhaftet, wenn er nach Ungarn käme.

14:39 Uhr – Russische Spione arbeiten offenbar mit Emiraten zusammen

Den USA liegen einem im Internet veröffentlichten Dokument zufolge Erkenntnisse über eine Geheimdienstzusammenarbeit Russlands mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAR) vor. US-Spione hätten russische Geheimdienstler dabei ertappt, wie diese damit geprahlt hätten, sie hätten die Emirate von einer Zusammenarbeit gegen die Geheimdienste der USA und Großbritanniens überzeugt, hieß es in einem online kursierenden Dokument. US-Regierungsvertreter wollten sich dazu nicht äußern. Die Emirate widersprachen kategorisch.

US-Regierungsvertreter wollten die Echtheit des Dokuments nicht bestätigen, das die Nachrichtenagentur AP einsehen konnte. Auch von unabhängiger Seite gab es keine Bestätigung für die Echtheit.

14:09 Uhr – Moskau wirft Ukraine und Westen Rekrutierung von Russen für Gewaltakte vor

Der Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, hat der Ukraine und dem Westen vorgeworfen, russische Bürger für Sabotageakte zu rekrutieren.

Die „ukrainischen Geheimdienste und deren westliche Betreuer“ hätten eine „ideologische Kampagne“ gestartet, sagte Bortnikow einer Mitteilung zufolge bei einem Treffen des russischen Antiterror-Komitees.

Die Kampagne verfolge das Ziel, Russen in „staatsgefährdende, terroristische und extremistische“ Aktivitäten innerhalb Russlands einzubinden, sagte der FSB-Chef demnach. Seit Februar seien in Russland 118 „terroristische Verbrechen“ vereitelt worden. Anfang März war Maxim Fomin, ein bekannter Militärblogger und Unterstützer der russischen Offensive in der Ukraine, bei einem Sprengstoffanschlag in einem Café in St. Petersburg getötet worden.

13:31 Uhr – Fast 8500 Zivilisten in der Ukraine getötet

Beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) inzwischen fast 8500 Zivilisten getötet worden. Seit Beginn der Invasion seien bis zum 9. April 8490 zivile Todesopfer bestätigt und 14.244 verletzte Zivilisten in der Ukraine gezählt worden, teilt das Büro des Hochkommissars der UN für Menschenrechte (OHCHR) mit.

Allein fast 4000 Zivilisten seien in den schwer umkämpften Frontregionen Donezk und Luhansk getötet worden. Es sei aber zu befürchten, dass die tatsächlichen Zahlen wesentlich höher liegen, da Informationen aus besonders umkämpften Gebieten nur verzögert einträfen und viele Berichte noch nicht bestätigt worden seien. Das OHCHR bezeichnet seine Zahlen seit längerem lediglich als „die Spitze des Eisbergs“, da es nur begrenzten Zugang zu den Kampfgebieten hat.

13:25 Uhr – Insider: Russland liefert Kraftstoffe in den Iran

Russland hat damit begonnen, den Iran auf dem Schienenweg mit Kraftstoffen zu beliefern. Das zeigen Aussagen von Industrievertretern sowie Exportdaten, die Reuters vorliegen. Iran und Russland, die beide westlichen Sanktionen unterliegen, treiben eine engere Zusammenarbeit voran.

12:00 Uhr – Die aktuelle Lage vor Ort

10:23 Uhr – Zeitung: US-Papiere zweifeln an großem Erfolg der Ukraine-Offensive

Die USA bezweifeln laut einem Bericht der „Washington Post“ über das Datenleck geheimer US-Dokumente, dass die erwartete Frühjahrsoffensive der Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland große Erfolge bringen wird. Das ukrainische Militär könnte die ursprünglichen Pläne zur Rückeroberung von Russland besetzter Gebiete diesen Papieren zufolge „weit verfehlen“, schrieb die Zeitung am Dienstag. Grund seien demnach die Schwierigkeiten Kiews bei der Aufstockung von Truppen, Munition und Ausrüstung.

Die Unterlagen offenbarten die Bedenken der US-Regierung zum Stand des Krieges, schrieb das Blatt. Zudem könnten sie jene Kritiker ermutigen, die von den USA und der Nato größere Anstrengungen für eine Verhandlungslösung forderten.

09:18 Uhr – London: Russland will mehr mit Luftlandetruppen operieren

Der britische Militärgesamtdienst geht von einer künftig stärkeren Einbindung der russischen Luftlandetruppen bei Offensivaktionen im Krieg Russlands gegen die Ukraine aus. Die in den ersten Kriegsmonaten von gravierenden Verlusten betroffenen Luftlandetruppen seien in den vergangenen Wochen mit dem Raketensystem TOS-1A ausgestattet worden, bekannt als „schwerer Flammenwerfer“, heißt es im täglichen Bulletin des britischen Verteidigungsministeriums am Dienstag.

Das System sei bisher üblicherweise von einer Spezialeinheit der russischen Armee in der Ukraine zum Schutz anderer Truppenteile gegen biologische, chemische sowie nukleare Waffen verwendet worden. Einsätze bei den Luftlandetruppen, die sowohl mit Hubschraubern als auch mit Fallschirmjägern operieren, sind den britischen Geheimdienstinformationen zufolge bisher nicht bekannt.

08:40 Uhr – Polnischer Ministerpräsident reist zu Treffen in die USA

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki will mit einem Besuch in den USA

die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder festigen. Es gehe darum, „die Allianz mit unserem stärksten Verbündeten zu stärken, mit einem Land, das Sicherheit in Europa garantiert, das vor allem Sicherheit in unserem Teil von Europa garantiert“, sagte Morawiecki vor seiner Abreise in die USA am Dienstag.

08:12 Uhr – Kreml-Gegner Kara-Mursa steht zu seiner Haltung

Der Kreml-Kritiker Wladimir Kara-Mursa hat den Prozess gegen ihn mit Verfahren während der Stalin-Ära verglichen. Die Sprache, die gegen ihn verwendet werde, erinnere an die 1930er Jahre, als sowjetische Staatsbürger wegen erfundener Vorwürfe verhaftet und bei Schauprozessen vor Gericht gestellt worden seien, teilte Kara-Mursa in einer Stellungnahme mit, die in sozialen Medien veröffentlicht wurde.

Kara-Mursa ist seit einem Jahr inhaftiert. Gegen ihn wurden Vorwürfe im Zusammenhang mit einer Rede vor dem Parlament des US-Staats Arizona erhoben, in der er das militärische Vorgehen Russlands gegen die Ukraine verurteilte. Ihm wird Hochverrat und Verbreitung von „Falschinformationen“ über das russische Militär in der Ukraine zur Last gelegt.

07:00 Uhr – Kämpfe um Bachmut – Frontstädte in der Ostukraine unter Beschuss

Die russische Armee hat nach ukrainischen Angaben ihre Angriffe an der Front in der Ostukraine fortgesetzt. Es gebe Luftangriffe und Artilleriebeschuss, teilt der ukrainische Generalstab mit. Mehrere Städte und Ortschaften in der Region Donezk seien unter schweren Beschuss geraten. Die ukrainischen Streitkräfte hätten mehrere Angriffe abgewehrt.

Auch in Bachmut hielten die Kämpfe demnach an. Die russischen Truppen versuchten weiterhin, die seit Monaten schwer umkämpften Kleinstadt unter ihre Kontrolle zu bringen.

Erst am Montag hatte der von Russland eingesetzte Chef der besetzten Donezk-Region, Denis Puschilin, im Online-Dienst Telegram ein Video veröffentlicht, das offenbar

erhebliche russische Geländegewinne suggerieren soll. Er selbst habe nach eigenen Angaben das Zentrum der heftig umkämpften Stadt Bachmut besucht.

Die Schlacht um Bachmut ist die am längsten andauernde der mehr als einjährigen russischen Offensive in der Ukraine. Die vor Beginn des Krieges 70.000 Einwohner zählende Stadt ist nach den monatelangen Kämpfen weitgehend zerstört und verlassen. Die Stadt in der Industrieregion Donbass hat jedoch angesichts der seit Monaten andauernden Gefechte mit großen Verlusten mittlerweile für beide Seiten eine hohe symbolische Bedeutung erlangt.

02:01 Uhr – Ex-Botschafter Melnyk hofft auf deutsche Unterstützung für schnellen EU-Beitritt

Der ukrainische Vize-Außenminister Andrij Melnyk hofft auf die Unterstützung Deutschlands für eine Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen seines Landes (</wirtschaft/plus243653411/EU-Schneller-Beitritt-So-weit-ist-die-Ukraine-wirklich-von-der-EU-entfernt.html>) noch in diesem Jahr. „Das ist ein ambitioniertes Ziel, aber es ist erreichbar“, sagte Melnyk dem „RedaktionsNetzwerk Deutschland“ (Dienstag). Deutschland solle dabei „eine sehr wichtige, vielleicht die entscheidende Rolle“ spielen. Er hoffe auf die Hilfe von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

Der Ukraine wurde im vergangenen Juni, rund vier Monate nach dem russischen Überfall auf das Land, der Status eines EU-Beitrittskandidaten verliehen. Melnyk sagte mit Blick auf die für den Beitritt notwendigen Reformen: „Die Deutschen und die Europäer wissen, dass wir das ernst nehmen, dass wir das nicht nur quasi als Formsache abhaken möchten, sondern dass wir uns ordentlich vorbereiten, ungeachtet des Krieges“. Die Ukraine könnte schneller als erwartet bereit sein, sowohl für den EU-Beitritt als auch für den ebenfalls angestrebten Beitritt zur Nato, betonte der einstige Botschafter der Ukraine in Deutschland.

00:21 Uhr – Angeklagter russischer Kreml-Kritiker Kara-Mursa „bereut nichts“

Der angeklagte russische Oppositionelle Wladimir Kara-Mursa bereut nach eigenem

Bekunden keine seiner Äußerungen – obwohl ihm wegen Kommentaren gegen die Ukraine-Offensive nun 25 Jahre Haft drohen. „Ich unterschreibe jedes Wort, dass ich gesagt habe und wegen dessen ich heute angeklagt bin“, zitierte ein Journalist am Montag Kara-Muras letzte Worte vor Gericht im Onlinedienst Telegram. „Nicht nur bereue ich nichts – ich bin stolz darauf“, führte er demnach fort.

Dem 41-Jährigen werden mehrere Vorwürfe gemacht, darunter Hochverrat und die Verbreitung von Falschinformationen über die russische Armee. In der vergangenen Woche hatte die Staatsanwaltschaft bei einer Anhörung hinter verschlossenen Türen 25 Jahre Haft für Kara-Mursa beantragt.

„Ich mache mir nur einen Vorwurf“, sagte der Kreml-Kritiker weiter. „Ich habe nicht geschafft, genug meiner Landsleute und Politiker in demokratischen Ländern von der Gefahr zu überzeugen, die das gegenwärtige Kreml-Regime für Russland und die Welt darstellt.“ Das Urteil gegen Kara-Mursa wird für nächsten Montag erwartet.

22:58 Uhr – Selenskyj begrüßt Gefangenenaustausch mit Moskau

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat den Austausch von mehr als 200 Kriegsgefangenen zwischen Moskau und Kiew begrüßt. „Das sind 100 Familien, denen vor Ostern echte Freude geschenkt wurde“, sagte Selenskyj in seiner abendlichen Videoansprache über die ukrainischen Heimkehrer. Die orthodoxen Kirchen feiern das Osterfest erst am kommenden Sonntag. Selenskyj zufolge wurden auch 20 Soldatinnen freigelassen.

Der Staatsef bedankte sich zudem bei Deutschland für weitere militärische Hilfe. In den vergangenen beiden Wochen seien Panzertechnik, Luftabwehrsysteme, Munition, Maschinen und Medizintechnik geliefert worden. Das alles stärke die Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland. Mit Blick auf Russland fügte Selenskyj hinzu: „Das Wort Verlierer muss zum Begleiter des Wortes Aggressor werden. Und nur ein ukrainischer Sieg kann dies gewährleisten.“

22:18 Uhr – Kriegsdienstverweigerer in Ukraine zu drei Jahren

Haft verurteilt

In der Ukraine ist ein Kriegsdienstverweigerer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 40-Jährige sei Einberufungsbescheiden wiederholt nicht nachgekommen, teilte die Staatsanwaltschaft des Kreises Tkatschiw im Westen des Landes mit. Der Mann aus einem Dorf nahe der Grenze zu Rumänien habe erklärt, keine Waffe in die Hand nehmen zu können, um andere Menschen zu töten. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Die Verfassung der Ukraine gestattet Wehrdienstverweigerung nur aus religiösen Gründen. Der Verurteilte gehört nach Angaben der Staatsanwaltschaft aber keiner Religionsgemeinschaft an, die Gewalt strikt ablehnt. Manche Ukrainer versuchen, sich vom Wehrdienst freizukaufen oder mit gefälschten Unterlagen ins Ausland zu fliehen.

Für ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren wurde unmittelbar nach dem russischen Einmarsch im Februar vergangenen Jahres ein grundsätzliches Ausreiseverbot verhängt.

20:15 Uhr – Pentagon nennt Veröffentlichung geheimer US-Dokumente „sehr hohes“ Sicherheitsrisiko

Die Veröffentlichung geheimer US-Dokumente ([/politik/ausland/article244725044/Datenleck-Pentagon-nennt-Veroeffentlichung-geheimer-US-Dokumente-sehr-hohes-Sicherheitsrisiko.html](https://www.welt.de/politik/ausland/article244725044/Datenleck-Pentagon-nennt-Veroeffentlichung-geheimer-US-Dokumente-sehr-hohes-Sicherheitsrisiko.html)) im Internet stellt nach Angaben des Pentagons ein „sehr hohes“ Sicherheitsrisiko dar. Die online zirkulierenden Unterlagen seien „ein sehr hohes Risiko für die nationale Sicherheit“, sagte am Montag ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums.

Nach US-Medieninformationen enthalten die Dokumente unter anderem Informationen zu Plänen der USA und der Nato zur Unterstützung einer ukrainischen Militäroffensive im Frühjahr gegen Russland.

„Kick-off“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com>)

/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND), **Apple Podcasts** (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), **Amazon Music** (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v), **Google Podcasts** (<https://podcasts.google.com/search/Kick-off%20Politik>)*oder direkt per RSS-Feed* (<https://podcasts.google.com/search/Kick-off%20Politik>).

dpa/AFP/AP/Reuters/epd/shem/dp/jmr/shem

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/244729868>